

FYVE Samsung Galaxy A51 + FYVE Allnet-Flat Ab 19,99€ monatlich **Aktion** LTE mit 50 Mbit/s gratis **Jetzt zuschlagen**

E-Paper Kiosk Aboshop Veranstaltungen Kontakt AGB Impressum

GA 2° C
General-Anzeiger
Dienstag,
09. März 2021

Gisela Tanculski
Meine Daten
Logout



Nachrichten Videos Anzeigen Markt Abo Themen Service Der Verlag
Übersicht Aus aller Welt Nordwest Oberledingerland Saterland/Barbel Region Sport Wirtschaft

Startseite

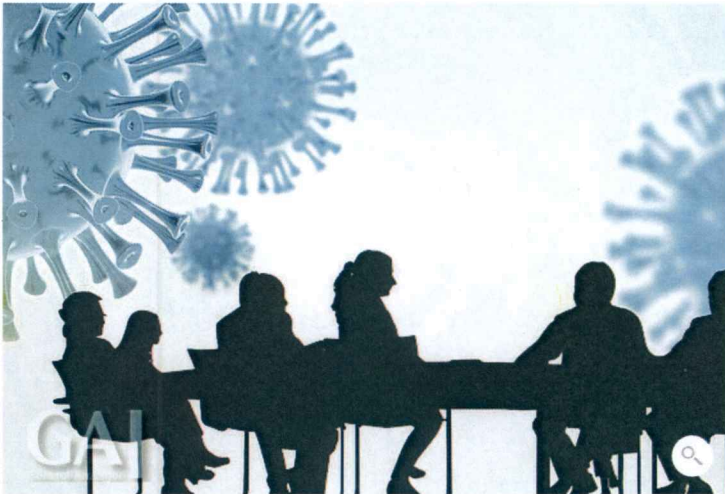
Region

Weitere Informationen

Kommunipolitik

09.03.2021

Die Debatte ist zentral für die Wahlentscheidung



Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Kommunalpolitik aus? Grafik: Will

von Will

Prof. Dr. Alexander Thiele ist Staatsrechtler an der Universität Göttingen. Im Interview spricht er über Demokratie in Zeiten von Corona, Video-Räte und Umlaufbeschlüsse.

Frage: Seit Ende Dezember fand in der Stadt Leer wegen der Corona-Pandemie keine Ratssitzung mehr statt. Der Verwaltungsausschuss entschied im Januar im Umlaufverfahren. Wegen der Corona-Pandemie ist das politische Leben in der Stadt eingefroren. Ist das demokratisch?

Thiele: Es ist explizit so geregelt, damit das gemeindlich demokratische Leben aufrecht erhalten werden kann. Der Verwaltungsausschuss tagt nicht öffentlich, das ergibt Sinn, weil er erstmal nur sondiert. Die entscheidende Diskussion findet öffentlich in Rat vor den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Presse statt.

Frage: Entscheidungen ohne mögliche öffentliche Debatte sind also nicht zulässig?

Thiele: Ratsentscheidungen dürfen so nicht getroffen werden. Die Regelung ist eigentlich relativ deutlich. Der Paragraph 64 des niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz besagt: Die Sitzungen der Vertretung sind öffentlich, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnete Interessen Einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern. Nun kann man darüber nachdenken, ob es das öffentliche Wohl nun erfordert. Aber darum geht es nicht, denn die Öffentlichkeit bezieht sich hier darauf, ob Gäste dabei sind. Es wird trotzdem zusammen getagt und nicht im Umlaufverfahren beraten. Der Verwaltungsausschuss darf das, der Stadtrat darf das nicht. Das ist auch sinnvoll. Die Vertretung soll durch Anwesenheit glänzen und nicht in dunklen und nebulösen Umlaufbeschlüssen entscheiden.

Frage: Der Verwaltungsausschuss ist in Niedersachsen besonders. Er tagt nicht-öffentlich wie in anderen Bundesländern. Welche Wirkung kann das auf die Bevölkerung haben?

Thiele: Der Verwaltungsausschuss ist eine Art verkleinertes schlagkräftiges Gremium mit begrenzten Aufgaben. Er darf keine endgültigen Beschlüsse fassen und bereitet die Entscheidungen des Gemeinderats vor. Das ist die zentrale Aufgabe des Verwaltungsausschusses. Dieses Gremium kann so überprüfen, wie die Mehrheitsverhältnisse sind, und sicherstellen, dass nicht völlig abwegige Dinge dem Rat vorgelegt werden. Die Entscheidungen trifft am Ende aber die Vertretung, also der Rat. Der

Anzeige

ALLES AUS DER REGION
Rund um die Uhr und überall informiert

GA-ONLINE-ABO
jetzt nur
1€ im 1. Monat

GA
General-Anzeiger

TAXI
Erlenborn

Taxi- / Kranken- / Dialyse- / Rollstuhlfahrer-
Vereins- und Schülerfahrten / ...

Jetzt Taxi bestellen!

Kompetente Partner der Region

ZGO
Zeitungsgruppe Ostfriesland

ZGO Zeitungsgruppe Ostfriesland GmbH
Maiburger Straße 8
26789 Leer
Tel: (0491) 97900

Kasimir BodenDesign
Moorweg 244
26624 Südbrookmerland

ZVO
Zeitungsvertrieb Ostfriesland

ZVO Zeitungsvertrieb Ostfriesland GmbH
Maiburger Straße 8 a
26789 Leer
Tel: (0491) 4542430

OZI
Ostfriesland-Zeitung

Ostfriesland-Zeitung
Maiburger Straße 8
26789 Leer
Tel: (0491) 9790100

Hier könnte Ihre Anzeige stehen

EXKLUSIVE FREIZEITMODE
DIE NR. 1 BEI HERREN-POLOSHIRT

ZUM SHOP

Größe 48-64

hajo
POLO & SPORTSWEAR
www.hajo-mode.com

Verwaltungsrat ermöglicht so eine effektive Vorbereitung der Vertretungssitzung.

Frage: Klingt theoretisch gut. Aber?

Thiele: Es wird zum Problem, wenn so getan wird, als wäre der Verwaltungsausschuss die Vertretung. Es gibt Ausnahmefälle, wenn der Rat nicht zusammentreten kann. Aber das ist derzeit nicht der Fall. Es gibt ja sogar die explizite Regelung in der niedersächsischen Corona-Verordnung, dass für den Rat und die Ausschussarbeit die Corona-Begrenzungen nicht gelten. Sonst dürfte man gar nicht rein in den Ratssaal.

Frage: Wie wichtig ist die öffentliche Diskussion?

Thiele: Sie ist ein hohes Gut. Die Bestimmungen für den Ausschluss der Öffentlichkeit sind sehr strikt. Es müssen fundamentale Gründe vorliegen, damit die Debatte nicht öffentlich ist. Denn diese öffentliche Debatte ist zentral für die spätere Wahlentscheidung, weil man ja wissen muss, wie hat mein Ratsmitglied sich verhalten. Das sehe ich nicht, wenn ich nicht dabei bin.

Frage: Ein anderes Beispiel liefert die Samtgemeinde Hesel. Dort werden alle Sitzungen in einer Videokonferenz veranstaltet, an der auch die Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können. Ist das eine neue Form der Demokratie?

Thiele: Das klingt auf jeden Fall sehr viel besser. Doch ob das zulässig ist, ist zumindest fraglich. Die Beschlussfähigkeit des Rates ist gegeben, wenn alle anwesend sind, bisher ist anwesend als körperlich anwesend verstanden worden. Es müsste wohl eine explizite Regelung geben, die das digitale Zusammenkommen gestattet. Das digitale Kommunizieren ist ein anderes als der an sich erwünschte Schlagabtausch vor Ort. Bei zu vielen Teilnehmern in einer Videokonferenz wird eine ernsthafte Debatte einfach schwierig. Hinzu kommen die Probleme mit der Internetverbindung.

Frage: Also doch keine gute Idee?

Thiele: Es ist auf jeden Fall eine Möglichkeit, die Öffentlichkeit dabei zu behalten. Für diesen Zweck wäre aber auch ein Stream ins Internet möglich. Einfach eine Kamera in den Ratssaal stellen und die Zuschauer könnten es von zu Hause aus verfolgen.

Frage: Wie haben Sie den Einfluss der Corona-Pandemie auf die Kommunalpolitik beobachtet?

Thiele: Ich glaube, dass diese Pandemie eine Herausforderung für jede politische Ordnung ist. Das gilt für die Kommunale Ebene ebenso wie für die Landes-, Bundes- und europäische Ebene. Das ist eine historisch unvergleichbare Herausforderung für jeden politischen Prozess, der auf Öffentlichkeit und Diskurs ausgerichtet ist. Wir sind nicht dafür gemacht, allein vor dem Bildschirm zu sitzen, ohne uns zu treffen und gemeinsam zu debattieren. Deswegen sollte innovativen Ideen auch offen gegenüberstehen: Was können wir machen? Wie lässt sich das rechtlich umsetzen? Auf die Idee, Videokonferenzen statt Ratssitzungen zu machen, wäre doch zuvor niemand gekommen.

Frage: Aber müsste nicht langsam mehr Routine eingetreten sein?

Thiele: Ich glaube schon, dass wir Möglichkeiten hätten und Möglichkeiten gefunden haben, mit der Pandemie auch auf kommunaler Ebene gut umzugehen. Ich denke auch, dass es möglich sein sollte, eine Regelung zu finden, um Ratssitzungen stattfinden zu lassen - so wie es der Bundestag auch macht. Man könnte sich etwa auf ein Prozedere einigen, dass nicht alle Ratsmitglieder gleichzeitig anwesend sein müssen. Es wäre denkbar, nur die entscheidenden Berichterstatter in den Rat zu setzen, die ihre Fraktion dann vertreten.

Frage: Also doch keine öffentliche Diskussion?

Thiele: In der Sache lässt sich ohnehin nicht in der vollen Besetzung debattieren. Es geht auch nicht darum, eine neue Entscheidung zu treffen, sondern klar zu machen, welche Standpunkte vertreten werden. Deswegen ist die Vorbereitung im Verwaltungsausschuss auch nicht schlimm. Wer glaubt, dass eine Gemeinderatssitzung dafür da wäre, eine eigene diskursive Entscheidung zu treffen, der irrt. Es geht um die unterschiedliche Präsentation der Argumente von Mehrheits- und Minderheitsfraktion. Es geht darum zu zeigen, dass alle Positionen stattfinden. Es geht darum, zu zeigen, dass keine vergessen wird. Das kann ein Rat auch mit einer verminderten Besetzung abbilden. Das kann passieren und das sollte auch passieren.

Frage: Aber auf jeden Fall öffentlich?

Thiele: Ja, unbedingt.



Prof. Dr. Alexander Thiele ist Staatsrechtler an der Universität Göttingen. Bild: privat

Zur Person

Prof. Dr. Alexander Thiele ist Staatsrechtler an der Universität Göttingen. Derzeit vertritt der 41-Jährige einen Lehrstuhl an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.